

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions-Adresse: Nachrichten Dresden
Bismarck-Platz Nr. 10
Telefon Nr. 20011
Abendausgabe Nr. 20012
Verlag: K. L. Hentschel & Co. Leipzig

Bezugspreis: 1.20 RM. monatlich
Einzelhefte 10 Pf.
Abonnement: 12 Hefte 12 RM.
Abonnement: 24 Hefte 24 RM.
Abonnement: 48 Hefte 48 RM.
Abonnement: 96 Hefte 96 RM.

Druck u. Verlag: K. L. Hentschel & Co.
Leipzig, Bismarck-Platz 10
Telefon Nr. 20011
Abendausgabe Nr. 20012

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tea

„Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Regierungswechsel in Oesterreich

Der Landbund stürzt das Kabinett Streeruwitz

Der Blindgänger

Schober - der kommende Mann

Wien, 25. Sept. Die Antifische Nachrichtenstelle teilt mit: Das Kabinett Streeruwitz hat demissioniert.

Im Parlamentgebäude, wo sich heute die Klubs der verschiedenen Parteien im Hinblick auf die Nationalrats-Sitzung am Donnerstag verammelt hatten, herrschte wegen der Haltung des Landbundes Krisenstimmung. Der Landbund stellte sich auf den Standpunkt, daß die gegenwärtige Regierung nicht stark genug sei, um die notwendigen Arbeiten im Parlament durchzuführen, und daß die notwendige Verhütung der Bevölkerung nur durch das Einsetzen einer starken Regierung möglich sei. Hierüber hat der Landbund bis in die Abendstunden beraten. Um 7 Uhr abends verlauterte, daß seine Entscheidung dahin ausgefallen sei, daß die Demission des Kabinetts Streeruwitz empfohlen werde. Die Mehrheitsparteien und der Ministerrat traten sofort zusammen, um hierzu Stellung zu nehmen. Nicht lange danach erfolgte die Bekanntgabe des Rücktritts der Regierung.

Wie die Demission vor sich ging...

Auf Ersuchen des Bundeskanzlers Streeruwitz traten vor der Ministerratssitzung die Vertreter der Mehrheitsparteien mit den Ministern zu einer kurzen Sitzung unter dem Vorsitz des Obmannsstellvertreters des Christlichsozialen Klubs, des Abgeordneten Kunschak, zusammen.

Bundeskanzler Streeruwitz gab die Erklärung ab, daß er in Anbetracht der politischen Situation zu dem Entschluß gekommen sei, die Reform der Verfassung einer anderen Regierung zu überlassen.

Er schlug als Nachfolger den ehemaligen Bundeskanzler, Polizeipräsident Schober, vor. Die Vertreter der Mehrheitsparteien, Dr. Seipel, Dr. Wolawa und Dr. Schönbauer, gaben unter Worten der warmsten Anerkennung und des besten Dankes für den Bundeskanzler und sein Kabinett die Erklärung ab, daß sie in Anbetracht der politischen Lage die Erklärung des Bundeskanzlers zur Kenntnis nehmen müssen und seinem Vorschlag hinsichtlich der Nachfolgefrage zustimmen.

Daraufhin trat der Ministerrat zusammen und stimmte dem Vorschlag des Bundeskanzlers auf Demission der Gesamtregierung zu. Die Mitglieder des Kabinetts dankten dem Bundeskanzler für sein jederzeit bewiesenes freundschaftliches und loyales Entgegenkommen. Bundeskanzler Streeruwitz begab sich sodann zum Bundespräsidenten Miklas und machte ihm von der erfolgten Demission der Regierung Mitteilung. Der Bundespräsident betraute die Regierung mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Neuwahl der Regierung.

Die Führer der Mehrheitsparteien haben sich noch im Laufe des Abends zum Polizeipräsidenten Schober gegeben, um ihm die Bundeskanzlerschaft anzubieten.

Schober hat diesen Auftrag angenommen. Es verläutet, Polizeipräsident Schober habe bei seinen längeren Beratungen mit den Vertretern der Mehrheitsparteien die Frage gestellt, ob und welche Bedingungen an die Übernahme der Regierung geknüpft werden. Auf die Antwort, daß keine Bedingungen gestellt würden, ihm auch überlassen bleibe, ein Beamten- oder ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, habe er sich zwar seine endgültige Entscheidung für morgen vorbehalten, doch könne die Annahme des Bundeskanzlerpostens durch ihn als sicher gelten. Man erwartet, daß die Bildung des neuen Kabinetts in kurzer Frist erfolgt. In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, angesichts der großen Autorität, der sich Schober als loyaler, staatsreuer Beamter im In- und Ausland erfreut, erwarte man allgemein, daß im wirtschaftlichen Leben und in der politischen Lage eine rasche Beruhigung eintreten wird, zumal Schober auch bei den Heimatswehren, die seine Berufung jetzt wiederholt in Versammlungen forderten, sehr geschätzt werde. Andererseits seien ja von sozialdemokratischer Seite die seit dem 15. Juli 1929 unterbrochen gewesenen Beziehungen zu Schober in der letzten Zeit wieder aufgenommen worden.

An der Zusammenlegung des neuen Kabinetts wird bereits gearbeitet. Man spricht davon, daß der klerikale Christlichsozialen Bundeshauptmann Dr. Hinkler, den gute persönliche und politische Beziehungen mit dem Bundeskanzler verbinden, und der auch am Mittwoch der Haltung des Landbundes nicht ferngestanden hat, als Vizekanzler in die neue Regierung eintritt. Von den bisherigen Kabinettsmitgliedern wird jedenfalls der Staatsminister Banasini im Amt bleiben. Die Erziehungswesen werden wahrscheinlich nur einen Ministerposten erhalten. In diesem Falle dürfte Außenminister Dr. Glawatsch sein Ministerium behalten. Auch

ein Vertrauensmann der Heimatswehren wird wahrscheinlich im Kabinett Platz finden, und zwar nennt man — wenn auch noch nicht mit voller Sicherheit — den klerikalen Landwirt Alexej, der vielleicht das Landwirtschaftsministerium übernehmen wird.

Die Vorgeschichte der Kabinettskrise

Ist eng verbunden mit der regen politischen Tätigkeit, die die Heimatswehr und ihre Führer während der letzten Wochen entfaltet haben. Die wiederholte und sehr nachdrückliche Feststellung, daß die Heimatswehren eine Lösung der Verfassungsfrage durch das Kabinett Streeruwitz für unmöglich halten, hat in allen politischen Kreisen sehr stark gewirkt. Die Führer der Heimatswehren haben sich besonders darauf berufen, daß ein Regierungsprogramm hin gewählt worden ist, unmöglich eine Kampfpolitik führen könne.

Tatsächlich hatte sich in den letzten Tagen im weiten Kreise der Öffentlichkeit mit Einschluß der Wirtschaft ein immer härteres Gefühl der Unsicherheit geltend gemacht. Zahlreiche führende Politiker, und zwar auch solche, die mit der Heimatswehrbewegung nicht verbunden sind, haben dem Bundeskanzler Streeruwitz im Laufe der letzten Tage ihre schweren Bedenken gegen die Fortdauer des kaum mehr erträglichen Schwebesustandes

vergebens angedeutet. Diese Bedenken haben auch in der Christlichsozialen Partei selbst bestanden, doch hat der Führer der Partei, Dr. Seipel, aus naheliegenden Gründen in dieser Sache jede Hineinmischung streng vermieden. Infolgedessen tauchte die schwierige Frage auf, wer den entscheidenden und formalen Schritt tun sollte, um den unvermeidlichen Rücktritt herbeizuführen. Hier hat nun der Landbund, die schwächste der drei Koalitionsparteien, eingegriffen, nicht ohne Fühlung mit gewissen Christlichsozialen Kreisen und in der offenkundigen Absicht, der Heimatswehrbewegung entgegenzukommen.

Ein Beamtenkabinett?

Wien, 25. September. Wie die „Neue Freie Presse“ in ihrer Nachtstunde aus einer Quelle erzählt, beabsichtigt Bundeskanzler Schober, ein Beamtenkabinett zu bilden, in welches jedoch je ein Vertreter der drei Koalitionsparteien als parlamentarische Vertrauensmänner eintritt. Es gilt als sicher, daß Staatsminister Banasini sein Vorrecht beibehalten wird. Schober selbst beabsichtigt außer dem Portefeuille des Bundeskanzlers das Finanzportefeuille zu übernehmen.

Die englisch-russischen Verhandlungen

London, 25. Sept. Der russische Botschafter Dowgalewski traf Mittwoch nachmittag um vier Uhr, begleitet von einem Sekretär, im auswärtigen Amt ein. Die Unterhaltung mit dem englischen Außenminister Henderson währte nur eine halbe Stunde. Von seiten des auswärtigen Amtes wurde keinerlei Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen herausgegeben. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Unterhaltung am Donnerstag fortgesetzt werden wird.

Die optimistischen Auslassungen Dowgalewskis, die am Mittwoch in London verbreitet wurden, werden in politischen Kreisen als ziemlich verfrüht bezeichnet. Es wird bestritten, daß sie als ein Beweis für ein Nachgeben der englischen Regierung anzusehen sind. Die Lage sei so, daß Henderson und Dowgalewski nach Belieben Unterhaltungen und Versprechungen führen können, aber die wirkliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen kann erst nach dem Wiederauftreten des Parlaments erfolgen.

Erklärung des Ministerpräsidenten Tubellis

Roma, 25. Sept. Der neue italienische Ministerpräsident Tubellis gab heute vor Vertretern der Presse Erklärungen ab, in denen er ausführte, es werde die wichtigste Sorge der Regierung sein, die politische und wirtschaftliche Lage des Landes zu konsolidieren. Um dem Grundgedanken der Verfassung zur Verwirklichung zu verhelfen, werde die Regierung gewisse Reformen, besonders auf dem Gebiete der Kommunalwahlen vornehmen. Ferner werde man um eine schrittweise Lösung der Fragen des Kriegsausstandes und der Pressezensur bemüht sein. Die auswärtige Politik werde dieselbe bleiben und sich um die Weltfrage als Mittelpunkt orientieren. Schließlich erklärte der Ministerpräsident noch, die Ursache zum Rücktritt seines Vorgängers Wolodimaras sei auf eine Meinungsverschiedenheit mit seinen Ministerkollegen zurückzuführen. Es habe sich dabei um die Frage gehandelt, ob den Ressortministern Ranggleichheit mit dem Ministerpräsidenten zukomme oder nicht.

Wer schimpft, hat unrecht. Deshalb können sich wohl die geschwägigen Eßkern im demokratischen Blätterwald nicht zufrieden geben. Immer noch beschäftigt sie die Bombe der „Nationalliberalen Korrespondenz“, die nicht nur den deutsch-nationalen Abgeordneten Klöbner, sondern auch das Volksbegehren in die Luft sprengen sollte. Sie war ein Blindgänger. Das pfeifen heute die Espägen von den Dächern. Nur die demokratischen Eßkern wollen es nicht wahr haben. So bemühen sie sich denn mit rühmlicher Ausdauer, die feuchte Lunte doch noch zum Glimmen zu bringen. Sie erinnern an die emsige Freude halbwüchsiger Knaben, die nach einem Feuerwerk eine halbabgebrannte Raketenhülle besunden haben. Vielleicht, vielleicht geht's doch noch einmal los. Wenn nicht? Dann wollen wir wenigstens so tun, als ob... Ein Missionsfeuerwerk ist auch etwas Schönes. Du lieber Himmel! Was wissen uns die eifrigen Phantasten zur Linken nicht alles zu erzählen. Wenn Herr Klöbner das, die Angriffe der demokratischen Weltblätter seien wohl, denn er habe kein Mittärbündnis in seinen Privatunterredungen mit französischen Politikern vorge schlagen, und er habe weder auf den geräubten Listen verzichtet, noch das Auswärtige Amt ununterrichtet gelassen, dann schweigt man nicht etwa betreten. O nein! Man erhebt die Augen mit Pharisäermiene und verkündet mit trübiger Gebärde: „Deutschnationales Bündnisangebot an den Erbelnd beschränkt.“ Die eigenen widerlegten Behauptungen vom Tage vorher verschweigt man bescheiden, hofft auf das kurze Gedächtnis unserer Zeit und legt neue Phantasten in Umlauf. Nachdem die Angelegenheit nun abgeschlossen ist, erachten wir es deshalb für notwendig, aus all dem Wust der Behauptungen eine objektive Darstellung der Naturgeschichte dieser „Entstehung“ zu geben. Unschwer wird dann der unvoreingenommene Beobachter erkennen, wie sehr unser, schon oft wiederholter Ruf nach sachlicher Politik berechtigt ist. Er wird weiter erkennen, daß sich die Linke in dieser Angelegenheit einer Demagogie schuldig machte, die alles in den Schutt und Asche werfen wollte.

Es gibt in Deutschland wie überall Leute, die mit Ehrgeiz und Hartnäckigkeit eine politische Conditorei zu verwirklichen suchen. Da ist der Graf Coudenhove-Kalergi. Jung, elegant und sehr reich. Aus österreichischer Hocharistokratie und mit zahlreichen europäischen Adelsfamilien verwandt. Sein Vater war Botschafter der Habsburger Monarchie in Tokio und heiratete dort eine Japanerin. Der Sohn ist also Halbasiat. Er beschäftigte sich zunächst mit philosophischen Problemen. Eines Tages richtet sich sein Ehrgeiz auf konkretere Dinge. Er begibt sich in die politische Arena und sichtet für eine Idee, zu der er, der Halbapaner, blutlich vorausbestimmt ist: „Gründung der Vereinigten Staaten von Europa.“ Zunächst eine Angelegenheit der politischen und ästhetischen Salons. Ein blutleeres Geblöde, von des Gedankens Blässe angekränkt, das wäre Panuropa geblieben, wenn nicht Briand, dessen Bauernschäufel noch größer als seine Klugheit ist, damit seine ehemaligen englischen Freunde die Ärgernisse nicht sehen, die Konstruktion des Philosophen wohl geeignet, nach Auflösung der Entente die französische Vorherrschaft zu sichern. So kann aus politischer Spielerei in der Hand des Staatsmannes etwas entstehen, was mit der ursprünglichen latenten Idee nur noch den Namen gemein hat.

Das Gegenstück zu Coudenhove ist Herr Arnold Hechberg. Ein sehr reicher Großindustrieller, dessen Ehrgeiz sich auch auf Höheres richtete, als die Tuchfabrikation. Zunächst versuchte er sein Heil in künstlerischer Betätigung. Er wandte sich der Bildhauerei zu. Natürlich in der Kunststadt Paris. Dort kam ihm der Gedanke der deutsch-französischen Annäherung, die durch ein Bündnis gekrönt werden sollte. Aus dem Künstler wurde ein leidenschaftlicher Privatpolitiker, der für seinen Gedanken mit unermüdlicher Ausdauer in Paris und Berlin seit Jahren wirbt. Wir haben dieser Tage seine Pläne an führender Stelle veröffentlicht. Sie laufen auf eine enge militärische und industrielle Verflechtung Deutschlands und Frankreichs hinaus. Ohne Zweifel interessant und gut gemeint, muß doch jeder nachdenkende Politiker sich eingestehen, daß ernste Verhandlungen in dieser Richtung noch auf lange Zeit hinaus nutzlos sind, und daß Deutschland auf Grund all seiner Erfahrungen sehr viel Ursache hat, bei diesem Thema an der Ehrlichkeit des französischen Verhandlungspartners zu zweifeln. Insbesondere muß befürchtet werden, daß Deutschland von den geschickten französischen Taktikern leicht in eine Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten hineinmanövriert wird, von